

Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung Leezen am 18. Dezember 2002 im „Hotel Teegen“, Leezen.

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 22.00 Uhr

Aufgrund der Einladung des Bürgermeisters vom 05.12.2002 sind zu der heutigen Sitzung erschienen:

Bürgermeister Ulrich Schulz;

Gemeindevertreter/in: Klaus Stolten, Reinhard Rode, Torsten Tilly, Rolf Kaben, Bernd Falkenhagen, Siegfried Kruse, Gismara Wilm, Hans-Wilhelm Steenbock, Jörg-Peter Blohm, Andreas Krohn, Claus-Dieter Wilhelm;
Entschuldigt fehlt: Holger Rickert.

Vom Amt Leezen hinzugezogen: Verwaltungsfachangestellter Klaus Steenbuck.

Bürgermeister Schulz eröffnet die Sitzung mit der Feststellung, dass gegen Form und Inhalt der Tagesordnung sowie Ladungsfrist keine Einwendungen erhoben werden und die Gemeindevertretung Leezen beschlussfähig ist.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde - Teil I -

Gemeindevertreter Torsten Tilly regt an, die Sitzungsdauer künftig auf 22.30 Uhr zu limitieren, weil der Sitzungsbeginn seit langem um eine halbe Stunde vorverlegt ist. Herr Tilly wird darauf hingewiesen, dass eine derartige Regelung nur durch Änderung der Geschäftsordnung möglich ist und dieses Thema in einer nächsten Sitzung zu behandeln wäre.

Zur Frage von Herrn Tilly zur besseren Verkehrsregelung in der Neversdorfer Straße wird ihm mitgeteilt, dass die gestellten Anträge durch die Verkehrsaufsicht des Kreises Segeberg abgelehnt wurden.

Die Gemeindevertretung ist sich allerdings insgesamt einig, die Auffassung des Kreises nicht zu teilen und erneut zu versuchen, das angestrebte Ziel zu erreichen. Zu diesem Zweck soll die Angelegenheit zunächst nochmals im Umwelt- und Verkehrsausschuss behandelt werden.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Niederschrift über die letzte Sitzung

Gemeindevertreter Tilly weist darauf hin, dass die Aussage unter Tagesordnungspunkt 4 hinsichtlich des Leitungsrechtes nicht von ihm, sondern von Bürgermeister Schulz stammt.

Da keine weiteren Einwände gegen die Niederschrift vorgetragen werden, gilt diese unter Berücksichtigung der angesprochenen Änderung als genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Berichte des Bürgermeisters und der Ausschussvorsitzenden

Bürgermeister Schulz informiert die Gemeindevertretung und die Zuhörerschaft darüber, dass die angestrebte fußläufige Überwegung vom B-Plangebiet Nr. 8 zur Hamburger Straße nunmehr über das Grundstück der Raiffeisenbank Leezen an der Grundstücksgrenze Sarau gewährleistet ist. Der Gemeinde liegt eine schriftliche Zusicherung der Raiffeisenbank Leezen vor.

Im Rahmen des Förderprogramms LEADER+ werden entsprechende Leuchtmittel finanziert, um die Kirche Leezen in der Dunkelheit anzustrahlen.

Ausschussberichte werden nicht abgegeben.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Bebauungsplan Nr. 8 – Gebiet östlich der Raiffeisenstraße

- a) Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen**
- b) Satzungsbeschluss**

Aufgrund des Aufstellungsbeschlusses aus der Sitzung der Gemeindevertretung Leezen vom 13.11.2002 sind die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Kreis Segeberg als Träger öffentlicher Belange zur 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 „östlich der Raiffeisenstraße“ für die Flurstücke 40/9 und 40/11 „südlich der Teegentwiete“ beteiligt worden. Den Beteiligten ist mit Schreiben vom 18.11.2002 Gelegenheit gegeben worden, sich zu der beabsichtigten Planung der Gemeinde Leezen bis zum 06.12.2002 zu äußern. Anregungen oder Bedenken sind in diesem Zeitraum weder vom Landrat des Kreises Segeberg als Träger öffentlicher Belange noch von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vorgetragen worden, so dass sich eine Abwägung erübrigt.

Die Gemeindevertretung beschließt insofern aufgrund des § 10 des BauGB, die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 für das Gebiete „östlich der Raiffeisenstraße“ für die Flurstücke 40/9 und 40/11 „südlich der Teegentwiete“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.

Die Begründung wird gebilligt.

Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter: 13;
davon anwesend: 12; Ja-Stimmen: 8; Nein-Stimmen:0; Stimmenthaltungen: 0.

Anmerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren die Gemeindevertreter Steenbock, Kaben, Tilly und Krohn von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Benennung eines Straßennamens für die Planstraße in B 8

Durch Gemeindevertreter Torsten Tilly wird vorgeschlagen, die Erschließungsstraße im B-Plangebiet Nr. 8 aufgrund früherer Eigentumsverhältnisse „Möllertwiete“ zu benennen. Gemeindevertreter Steenbock regt an, dass man den Straßenzug auch der Teegentwiete zuordnen könne.

Über den Antrag des Gemeindevertreters Tilly wird abgestimmt.
Die Abstimmung ergibt 7 Ja-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen.

Aufgrund der Beschlusslage wird die Erschließungsstraße künftig als Möllertwiete geführt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Genehmigung der außer- und überplanmäßigen Ausgaben im laufenden Haushaltsjahr 2002

Reinhard Rode informiert die Gemeindevertretung in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Finanzausschusses über die im Laufe des Haushaltsjahres 2002 eingetretenen Haushaltsüberschreitungen.

Der Gesamtbetrag der Haushaltsüberschreitungen beträgt	112.393,87 EUR.
Dieser Gesamtbetrag ist im wesentlichen begründet in einer Sondertilgung an die Deutsche Genossenschafts- und Hypothekenbank in Höhe von	102.216,76 EUR.

Darüber hinaus beinhalten die Überschreitungen den Umlagenanteil der Gemeinde Leezen an der Erstausrüstung im Kindergarten Groß Niendorf sowie die Rechnung des Vermessungsbüros de Vries, Neumünster, über Vermessungsarbeiten im B-Plangebiet Nr. 8.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, die eingetretenen Haushaltsüberschreitungen zu genehmigen.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Beratung über den Haushaltsplan 2003 und Erlass der Haushaltssatzung 2003

Finanzausschussvorsitzender Reinhard Rode informiert die Gemeindevertretung darüber, dass sich der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 11. Dezember 2002 sehr intensiv mit der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2003 befasst hat. Zu den grundsätzlichen Beratungsergebnissen stellt er fest, dass die Realsteuerhebesätze gegenüber dem Vorjahr unverändert bleiben, d.h., dass für die Grundsteuer A und B der Hebesatz von 200 v.H. und für die Gewerbesteuer 280 v.H.

auch im Jahre 2003 angewandt wird.

Sehr intensiv ist außerdem die Frage erörtert worden, inwieweit sich die Gemeinde Leezen weiterhin an den Schülerbeförderungskosten aus zentralörtlichen Mitteln beteiligt.

Hierzu hat es über die Beratungsergebnisse im Finanzausschuss hinaus ein Gespräch mit dem Amtsvorsteher des Amtes Leezen und seinen beiden Stellvertretern, der Leitenden Verwaltungsbeamtin des Amtes Leezen, Bürgermeister Schulz und Finanzausschussvorsitzenden Rode gegeben. Dieses Gespräch hatte zum Ergebnis, dass die Vertreter der Gemeinde Leezen signalisieren, dass sich die Gemeinde auch in Zukunft, wenn auch in modifizierter Form, proportional an den Schülerbeförderungskosten beteiligt.

In der Finanzausschusssitzung vom 11. Dezember 2002 konnte allerdings wegen einer Pattsituation eine Beschlussempfehlung nicht abgegeben werden.

Die übrigen Haushaltspositionen sind in den allermeisten Fällen an die Höhe des Vorjahres angelehnt worden.

Abschließend gibt Finanzausschussvorsitzender Rode einen Überblick über die Gesamtfinanzausgangssituation der Gemeinde Leezen und auch einen Ausblick auf die Erwartungen für die kommenden Haushaltsjahre.

Herr Rode weist noch darauf hin, dass im Finanzausschussprotokoll die Ausschussempfehlung in punkto Reservierung des letzten Grundstückes im B-Plangebiet Nr. 8 nicht korrekt wiedergegeben worden ist. Das dort niedergeschriebene Abstimmungsergebnis sieht die Empfehlung vor, das letzte Grundstück (Kindergartengrundstück) zu veräußern.

Im Anschluss an den Vortrag des Finanzausschussvorsitzenden Reinhard Rode trägt Bürgermeister Schulz der Gemeindevertretung eine Veränderungsliste zu einzelnen Positionen des Verwaltungshaushaltes sowie des Vermögenshaushaltes vor.

Herausragender Punkt dieser Veränderungsliste ist die Streichung der zentralörtlichen Mittel für Schülerbeförderungskosten von bisher 78.200,00 EUR auf nunmehr Null EUR.

Da die Veränderungsliste weitere Einzelpositionen beinhaltet, wird über diese zunächst wie folgt über Einzelbeschlüsse abgestimmt:

- a) Streichung der Schülerbeförderungskosten aus Zentralortsmitteln
7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen.
- b) Reduzierung des Haushaltsansatzes „Unterhaltung Gemeindestraßen“
um 6.000,00 EUR:
11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme.
- c) Reduzierung des Haushaltsansatzes „Rückstellung Entschlammung“
um 2.000,00 EUR:
6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen.
Der Antrag ist damit abgelehnt.

- d) Reduzierung der Gewerbesteuerumlage um 3.900,00 EUR:
9 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen.
- e) Anbringung eines Zweckbindungsvermerkes bei den Haushaltungsstellen
9000.0300 sowie 9000.8100:
8 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen.
- f) Verkauf des letzten Grundstückes im B-Plangebiet Nr. 8
(Kindergartengelände)
Einstimmig.

Unter Berücksichtigung dieser Einzelbeschlüsse und der dadurch erforderlichen Zahlenveränderungen im Haushalt beschließt die Gemeindevertretung einstimmig, die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2003 zu erlassen.

Danach schließt der Verwaltungshaushalt in Einnahmen und Ausgaben mit	1.190.100,00 EUR
und der Vermögenshaushalt in Einnahmen und Ausgaben mit	332.400,00 EUR
ab.	

Reinhard Rode äußert abschließend unter diesem Tagesordnungspunkt seinen Unmut darüber, dass von Bürgermeister Schulz am heutigen Sitzungsabend eine Veränderungsliste zum Haushalt vorgelegt wird, die eine Vielzahl von Veränderungen in Einzelpositionen mit teilweise erheblichen finanziellen Auswirkungen beinhaltet. Damit ist nach seiner Auffassung die intensive Arbeit und Beratung im Finanzausschuss ad absurdum geführt. Derartige Änderungswünsche sollten vorher entweder in einer Finanzausschusssitzung oder interfraktionell abgeklärt werden.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde – Teil II –

Gemeindevertreter Torsten Tilly regt an, künftig zur Jahresabschlussitzung auch die bürgerlichen Mitglieder der Ausschüsse einzuladen, damit diese am gemeinsamen Essen teilnehmen können.

Punkt 9 der Tagesordnung ist Bestandteil der Niederschrift über nichtöffentlichen Teil. Die Öffentlichkeit ist nunmehr ausgeschlossen.

G e n e h m i g t :

(Bürgermeister)

(Protokollführer)